

Kreisverband Aalen-Ellwangen
Bündnis 90/ Die Grünen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
Fon 0176 30464959



Redaktionen im Ostalbkreis

03. Februar 2015

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine der vorgestellten Trassen überzeugt

„Größten Respekt“ zollt der Kreisverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger entlang der östlichen B 29, die seit Monaten über eine neue Trasse diskutieren. „Hier zeigt sich, dass die Bürgergesellschaft auf der Ostalb quicklebendig ist“, so der GRÜNE Kreisvorstand in einer Pressemitteilung. Ziel jeder Trassendiskussion müsse es allerdings sein, die Anlieger der alten B 29 zu entlasten, ohne dass die Lasten nur umverteilt werden. Sprich: Andere dafür deutlich stärker belastet würden. Das schaffe aber keine der bislang vorgestellten Varianten. Im Gegenteil sei sogar zu befürchten, dass vermeintlich schnellere Trassen zusätzliche Verkehre aus dem bayrischen Gebiet anziehen würden, welche dann wieder auf die alten Straßen ausweichen würden. Zudem hätten sowohl die Süd- als auch die Nord-Varianten solch immense ökologische Folgen, dass eine Genehmigungsfähigkeit nicht ersichtlich sei. Die GRÜNEN verweisen hier auf Standorte für Windkraftanlagen, die trotz sehr hoher Windhöflichkeit aus Gründen des Landschafts- oder Artenschutzes nicht zum Zuge gekommen seien, obwohl die Schwere des Eingriffs mit den vorgeschlagenen Trassen für die Straße nicht annähernd vergleichbar sei.

Für die GRÜNEN sind die vorgestellten Varianten allerdings nicht nur aus ökologischen Gründen inakzeptabel. Ohne den erwarteten Nutzen für die Anwohner der bisherigen B 29 Trasse sicherstellen zu können, würden wertvolle Flächen der Land- und Forstwirtschaft entzogen. Darüber hinaus würden bislang wenig tangierte Landstriche als Erholungsfläche entfallen.

Die GRÜNEN appellieren deshalb an die politischen Akteure, sich auf die Reduzierung der Verkehrsbelastungen entlang der Hauptachsen zu konzentrieren. So wäre der passive Lärmschutz entlang der B 29 bislang sträflich vernachlässigt worden. Geschwindigkeitsbegrenzungen, die nachweislich zu einer Lärmverminderung beitragen, sollten nach Meinung der GRÜNEN ebenso strikt kontrolliert werden wie die Durchfahrtsverbote für LKW ab 7,5 Tonnen. „Eine Korridorsperre östlich der A7 bringt weder den Anliegern der B 29 noch der L 1060 etwas, wenn weiterhin sehr großzügig Ausnahmegenehmigungen erteilt werden und ein verbotswidriges Durchfahren ohne Konsequenzen bleibt.“

Mit freundlichen Grüßen

Berthold Weiß